

Beklatschte Systemrelevanz

Eine feministische Perspektive auf die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge

Daniel Haim, Katharina Mader und Jana Schultheiß

„In der Krise sind die Frauen die Stütze der Nation“ betitelte die Kronen Zeitung einen Artikel während des ersten Lockdowns der COVID-19-Pandemie in Österreich. Angesichts der pandemiebedingten Krisen rückten die sogenannten Systemerhalter*innen ins Zentrum öffentlicher Debatten und mit ihnen die Frage, welche Rolle schlecht bezahlte und unbezahlte Frauenarbeit in unserem Wirtschaftssystem einnimmt. Damit hat sich eine wesentliche Diskussion der feministischen Ökonomie zumindest kurzfristig den Weg in den Mainstream und die Öffentlichkeit gebahnt. Während Frauen in systemrelevanten Berufen in politischen Reden und mit symbolischen Gesten – wie Klatschen am offenen Fenster – gewürdigt wurden, ist von den Forderungen nach höherer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen jedoch wenig angekommen oder gar umgesetzt worden.

Grundsätzlich wird in Krisen der Blick darauf geschärft, welche Systeme gesellschaftlich und ökonomisch als besonders relevant erachtet werden. Während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und in den Jahren danach waren die Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen gefüllt mit Debatten zur Systemrelevanz von Banken und Finanzinstitutionen, die sich verspekuliert hatten und deren Rettung während und nach der Krise bis zu 11 Milliarden Euro gekostet hat (Holler/Reiss 2019). Die COVID-19-Pandemie hat das Narrativ um die Systemerhalter*innen grundlegend verändert. Nun stehen Berufe und Sparten im Fokus, die unsere Wirtschaft am Laufen halten und unser Überleben täglich sichern. Diese Bereiche können als „kritische Infrastruktur“ zusammengefasst werden. Der österreichische Gesetzgeber versteht unter diesem Begriff u. a. die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Katastrophenschutz, und die unmittelbare Funktionsfähigkeit wichtiger Systeme wie Gesundheit, Energie, Abwasser, Lebensmittelversorgung, oder des öffentlichen Verkehrs (siehe u. a. StGB § 74). Uns erscheint dieses Verständnis von kritischer Infrastruktur jedoch verkürzt. Wir schlagen im vorliegenden Beitrag daher eine Erweiterung des Begriffs hin zu einer „kritischen Daseinsvorsorge-Infrastruktur“ vor, die unser Überleben und unser psychisches und physisches Wohlbefinden sicherstellen und soziale Kohärenz erzeugen soll. Ziel des Beitrags ist es, für ein breiteres Verständnis von lebensnotwendiger kritischer Infrastruktur in der öffentlichen Debatte zu werben und der Frage nachzugehen, warum gewisse Teile unserer Wirtschaft so zentral, gleichzeitig jedoch von Unterfinanzierung, geringer Wertschätzung und schlechten Arbeitsbedingungen geprägt sind.

In der Krise sind Frauen mehrfach belastet

Kapitalistische Ökonomien sind inhärent instabile Systeme, die multiple Krisen erzeugen: Krisen der Wirtschaft, der Umwelt, der Politik, des Care-Bereichs. Diese Krisen werden durch die Ausbeutung von Arbeitskraft und „Trittbrettfahren“ auf Kosten der Natur, öf-

fentlicher Güter und sozialer Reproduktion erzeugt. Umweltschäden und die Kosten von Fürsorgearbeit werden externalisiert oder ins Private gedrängt. Gesellschaftliche Bereiche, die nur schwer einer Profitlogik unterworfen werden können, werden entweder komplett privaten Haushalten überlassen oder vom Staat übernommen. Der Neoliberalismus als globalisierte, finanzialisierte Stufe des Kapitalismus hat diese Widersprüche in den letzten Jahrzehnten weiter intensiviert (Arruzza/Bhattacharya/Fraser 2019).

Wirtschaftskrisen wie 2008 führen häufig zuerst einmal zu Einbrüchen in männlich dominierten Sektoren. Dies bringt kurzfristig eine Verringerung von geschlechtsspezifischen Unterschieden in Beschäftigungsquoten und auch des Gender Pay Gaps mit sich, weil Männer in der Tendenz in größerem Ausmaß gekündigt werden als Frauen. Frauen sind in der Regel jedoch stärker von den sogenannten Zweitrundeneffekten der Krisen betroffen: So sind sie stärker von Austeritätsmaßnahmen bedroht, die Staaten nach der vermeintlich erfolgreichen Krisenbewältigung oft umsetzen, um Staatsschulden abzubauen (Wichterich 2009; Karamessini/Rubery 2014). Austeritätspolitik zielt häufig auf die Reduzierung wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben, um öffentliche Budgets zu konsolidieren. Gleichzeitig soll durch die Flexibilisierung von Arbeitsmärkten das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden. Schlechtere Arbeitsbedingungen und stagnierende Reallöhne erhöhen den finanziellen Druck auf Haushalte. Frauen, die häufig im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, werden im Rahmen von Austeritätspolitik entlassen. Die Frauenerwerbsquote nimmt jedoch wegen des Drucks auf Privathaushalte oftmals nicht ab, stattdessen nehmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse im privaten Sektor zu, die schlechter bezahlt, befristet, oder eine geringfügige Beschäftigung sind (Women's Budget Group 2013). Gleichzeitig steigt der Anteil an unbezahlter Arbeit, die Frauen im Privathaushalt leisten müssen, um die Einsparungen des Staates in der Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik auszugleichen. Analysen der Austeritätspolitik im Vereinigten Königreich von 2010 bis 2020 zeigen hierzu, dass Kürzungen von Sozialleistungen Frauen stärker als Männer und Minderheiten-Haushalte stärker als Mehrheits-Haushalte treffen (Women's Budget Group 2017). Ähnliche Effekte wurden für die Austeritätsmaßnahmen in Österreich und Deutschland gefunden (Gubitzer/Mader 2011; Klatzer/Schlager 2013; Wichterich 2013). Langfristig führen Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich zu negativen Effekten bei der menschlichen Entwicklung ebenso wie bei der Produktivität (Seguino 2019). Länder, in denen Austeritätsmaßnahmen zu massiven Kürzungen in diesen Bereichen geführt haben, waren mitunter auch schlechter auf die COVID-19-Pandemie vorbereitet, was z.B. in England zu einer dramatisch höheren Übersterblichkeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern führte (Marmot et al. 2020).

Welche Auswirkungen hat die COVID-19-Pandemie auf die Geschlechterverhältnisse in Österreich?

Die von der COVID-19-Pandemie ausgelöste Krise am Arbeitsmarkt zeigt deutliche Unterschiede zur Wirtschaftskrise 2008. Während sich der Geschlechterunterschied bei den Arbeitslosenquoten von 2008 auf 2009 massiv spreizte – die Arbeitslosenquote von Männern stieg um 30,2 % auf 8 %, während die der Frauen um nur 13,4 % auf 6,4 % stieg – zeigte sich im Rahmen der Pandemie ein anderes Bild: Von 2019 auf 2020 stieg die Arbeitslosenquote der Männer um 33,5 % auf 10,1 %, die der Frauen um 36,8 % auf 9,7 %. In den ersten Wochen der Krise war feststellbar, dass der Beschäftigungsrückgang

von Frauen stärker auf wenige Wirtschaftsbereiche konzentriert war, insbesondere auf den Tourismus. Unter Frauen betraf der Anstieg der Arbeitslosigkeit zudem eher höher Qualifizierte, während bei Männern eher niedriger Qualifizierte betroffen waren (Bock-Schappelwein et al. 2020). Und während Männer während des ersten Lockdowns noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren, schlug sich die ausbleibende Wintersaison im Tourismus während des zweiten Lockdowns ab Herbst 2020 nochmals stärker auf die Frauenarbeitslosigkeit nieder (Bock-Schappelwein/Famira-Mühlberger 2021).

Einen sehr großen Einfluss hatten die Folgen der Pandemie zudem auf unbezahlte Arbeit wie Hausarbeit und Kinderbetreuung, bedingt durch Lockdowns, Schließungen von Schulen und Kindergärten, der Nichtverfügbarkeit von Großeltern, aufgrund sozialen Drucks sowie durch Quarantänebestimmungen. Die Krisenbewältigung intensivierte die ohnehin ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit – weiter zu Lasten von Frauen. Vor der Krise fand die Betreuung von Kindern bis 14 Jahren unter Befragten einer SORA-Studie zu 40% zu Hause statt. Dieser Wert stieg auf 87% im ersten Lockdown, im zweiten Lockdown war der Wert immer noch bei 71% (SORA 2020, 16). Den erhöhten Betreuungsbedarf zu Hause übernahmen proportional mehr Frauen, deren Doppelbelastung dadurch stieg. Studien zeigen die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie während der Krise (Mader et al. 2020a): Im ersten Lockdown leisteten Alleinerzieherinnen knapp 15 Stunden Arbeit am Tag, wovon 9 Stunden unbezahlte Kinderbetreuung und Hausarbeit waren. Mütter in Paarhaushalten kamen auf ca. 14 ¼ Stunden Arbeit am Tag, davon 9 ½ Stunden unbezahlt. Väter in Paarhaushalten arbeiteten hingegen 13 ¾ Stunden, wovon 7 Stunden unbezahlt waren. Eine Studienteilnehmerin kommentierte das Ungleichgewicht mit dem Satz: „Das Recht auf Pause hat nur der Vater“.

Schließungen von Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten und Schulen bedeutete für viele Eltern auch, dass sie ihre Arbeitszeit reduzieren mussten, um eine adäquate Betreuung sicherzustellen. Schätzungen des Momentum Instituts zufolge könnten Mütter dadurch allein im ersten Lockdown € 4.440 durch Verdienstentgang verloren haben, Väter im Schnitt ca. € 2.160 (Hehenberger/Muckenhuber 2020). Ebenso gibt es Berechnungen, wie viel die gestiegene unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit monetär wert wäre, wenn sie marktüblich mit einem Spezialist*innenansatz bewertet werden würde (kollektivvertragliche Mindestlöhne für die den Tätigkeiten verwandte Berufe, z.B. Köchin, Kindergärtner etc.). So hat eine Mutter in einem Paarhaushalt mit zwei Kindern unter 15 während des siebenwöchigen ersten Lockdowns unbezahlte Arbeit im Wert von etwa € 3.860 geleistet, die unbezahlte Arbeit des dazugehörigen Vaters wäre ca. € 2.410 wert gewesen (Mader et al. 2020b).

Eine besondere Betroffenheit findet sich bei Personen in „systemrelevanten“ Berufen, die ihre Tätigkeiten nicht im Home-Office aus- bzw. weiterführen konnten. Personen in „systemrelevanten“ Berufen waren häufiger an ihrem Arbeitsort tätig (66% im zweiten Lockdown), 31% davon gaben an, sie hätten sich gerne im zweiten Lockdown für die Kinderbetreuung freigenommen, durften aber nicht (SORA 2020, 13).

Kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge: Für eine erweiterte Definition

Im eingangs erwähnten Kronen Zeitungs-Artikel wird den „Heldinnen des Alltags“ im Gesundheits- und Sozialwesen, an Schulen und im Handel gedankt. Zudem liege „immer noch die Hauptverantwortung für Familie, Kinder, Partner und Haushalt in ihren

Händen“ (Kronen Zeitung 2020). Unser Überleben hängt also von Tätigkeiten ab, die sowohl über den Markt vermittelt, vom Staat bereitgestellt, und in Gemeinschaften oder in Haushalten unentgeltlich geleistet werden, und die auch in Krisenzeiten funktionieren müssen.

Der Begriff „Care“ hat schon vor einigen Jahren Einzug in die deutschsprachige Debatte gehalten. Mit Care-Arbeit wird im engeren Sinn die unbezahlte und bezahlte Arbeit mit und für verschiedene Gruppen verstanden (Gubitzer/Mader 2011: 12): Kinder, Menschen, wenn sie zeitweise krank sind, pflegebedürftige oder auf sonstige Hilfe angewiesene ältere Menschen, Menschen mit längeren oder dauerhaften intellektuellen, physischen und psychischen Beeinträchtigungen, sowie weitere erwachsene Personen im Haushalt. Direkte Care-Arbeit wird mit und an Menschen getätigt, unterstützende Care-Arbeit wird für Personen gemacht, in dem z.B. Hausarbeit geleistet oder Essen und Medikamente besorgt werden. Zentrales Ziel direkter Care-Arbeit ist dabei „die Unterstützung der Entwicklung, Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von intellektuellen, körperlichen und emotionalen Fähigkeiten einer Person“ (ebd.: 13). Care kann unterschiedlich organisiert werden: Care-Tätigkeiten können öffentlich oder privat, institutionell oder informell geleistet werden; unbezahlt in Haushalten, staatlich bzw. gemeinschaftlich (dekommodifiziert) oder als kommerzielle bzw. kommodifizierte Dienstleistung (Schilliger 2009: 104).

In der Analyse der Care-Ökonomie kann zwischen drei Gruppen unterschieden werden (Haug 2013: 91; Haidinger/Knittler 2014: 113f.): 1) Menschen, die Tätigkeiten im Rahmen von bezahlter Lohnarbeit ausführen, sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sind und kollektiv um bessere Arbeitsbedingungen streiten können. 2) Menschen, die zwar für ihre Arbeit bezahlt werden, die aber in informellen oder unfreien Arbeitsverhältnissen stehen und nur eingeschränkt arbeits- und sozialrechtlich abgesichert sind. Kollektive Organisierung kann nur durch Selbstorganisierung außerhalb des Arbeitsortes, der häufig in Privathaushalten ist, stattfinden. Diese Form der bezahlten Reproduktionsarbeit ist insbesondere dort bedeutend, wo öffentlich bereitgestellte Dienstleistungen fehlen (z.B. in der 24-Stunden-Betreuung, Babysitten etc.). 3) Menschen, die unbezahlte Tätigkeiten leisten, um Reproduktionsarbeit in der Familie, im Haushalt oder in der Gemeinschaft zu garantieren.

Bezahlte Care-Arbeit ist im Vergleich zu anderen Sektoren schlechter bezahlt. Dafür gibt es vielzählige Gründe: Die feministische Ökonomin Nancy Folbre betont z.B. die Verhandlungsasymmetrie, in der sich Menschen in bezahlten Care-Berufen finden. Üblicherweise sind Arbeitsniederlegungen oder allein schon die Androhung von Streiks wichtige Mittel in Arbeitskämpfen um höhere Gehälter und Löhne. Personen, die Fürsorge-Arbeit leisten, sind jedoch sehr zurückhaltend, zu diesen Mitteln zu greifen, da eine Arbeitsniederlegung mit einem Entzug von Care-Arbeit für ihre Schützlinge einherginge, mit denen sie oftmals eine enge emotionale Bindung verbindet (Folbre 2018). In der akademischen Debatte spricht man daher von einem „Care Penalty“, der mit der Spezialisierung auf bezahlte Care-Arbeit einhergeht. Hinzu kommen hohe Teilzeitquoten und eine niedrige gewerkschaftliche Organisierung, die die individuelle und kollektive Verhandlungsposition weiter einschränken.

Österreich hat eine der höchsten Teilzeitquoten von Frauen innerhalb der EU: Fast die Hälfte (47,3 %) aller erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, verglichen mit nur 10,7% der Männer. Dabei ist die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen

relativ hoch bei 68,3 % (Männer: 76,5 %). Einer der Hauptgründe für die hohe Teilzeitquote von Frauen liegt im mangelnden Angebot von flächendeckender Kinderbetreuung. Für 38,5 % der Frauen sind unbezahlte Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene der Hauptgrund für Teilzeit (Männer: 5,8%). Noch drastischer ist das Bild bei Müttern von unter 15-Jährigen, bei denen 3 von 4 teilzeitbeschäftigt sind (Statistik Austria 2021).

Unbezahlte Care-Arbeit hindert Frauen am Einstieg in den Arbeitsmarkt, zwingt Frauen in unfreiwillige Unterbeschäftigung, oder belastet sie doppelt. Diese unbezahlte Arbeit senkt sowohl die Kosten von Lohnarbeit für Arbeitgeber*innen als auch die Ausgaben des Staats. Denn ohne die Bereitstellung dieser Leistungen wären ein höherer Reallohn oder mehr staatliche Dienstleistungen nötig, um das gleiche Niveau an Wohlfahrt aufrechtzuerhalten. So gesehen ist unbezahlte Care-Arbeit eine Subventionierung der durch Märkte oder den Staat organisierten Teile der Wirtschaft auf Kosten von Frauen im Haushalt (Antonopoulos/Hirway 2010).

Frauen sind jedoch nicht „außerhalb“ der Ökonomie positioniert, wenn sie unbezahlte Haus- oder Fürsorgearbeit erledigen. Im Haushalt wird die Ware Arbeitskraft hergestellt und reproduziert. Frauen übernehmen diese Tätigkeiten jedoch weder aufgrund etwaiger biologischer Veranlagungen noch rein aus Liebe. Die Rolle von Frauen im Haushalt und der Familie ist eine soziale, die ihnen in der Herausbildung des kapitalistischen Systems zunehmend stärker zugewiesen wurde. Ähnlich wie die ursprüngliche Akkumulation bei Marx Land eingehengt hat und (männliche) Arbeitskräfte als doppelt freie Arbeiter freisetzte, wurden Frauen von früheren Tätigkeiten (in der Gemeinschaft, Landwirtschaft, Gesellschaft) entbunden und in ihre Rolle gedrängt, indem Hausarbeit, Familienleben, Sexualität, und das Verhältnis von Produktion und Reproduktion transformiert wurde (Federici 2004).

Sowohl bezahlte als auch unbezahlte Care-Arbeit sind also systemrelevant, bleiben jedoch entweder unterbezahlt und prekär, oder ungleich verteilt. Hier könnte eine gut ausgebaute kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge entgegenhalten, die in ganz Österreich, auch in ländlichen Regionen, bereitgestellt werden müsste und explizit um den Care-Sektor von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege ergänzt wird.

Wir schlagen daher vor, dass eine erweiterte Definition von kritischer Infrastruktur der Daseinsvorsorge mindestens folgende Punkte umfassen muss: Sie sollte die ständig anfallende Care-Arbeit soweit vergesellschaften, dass alle Mitglieder der Gesellschaft ihre intellektuellen, körperlichen und emotionalen Fähigkeiten bestmöglich entwickeln und regenerieren können. Eine kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge sollte so wenig wie möglich marktförmig organisiert werden, da sie der Logik kapitalistischer Rationalisierung zumeist nicht folgen kann. Denn die Bereitstellung von Bildung, Kinderbetreuung oder Altenpflege kann nicht anhand von Profitorientierung, zeitlicher Effizienzsteigerung und Einsparungspotentialen geplant werden. Neben der herkömmlichen Definition von Infrastruktur als Einrichtungen, Systeme und Technik muss auch das entsprechende Personal – die Systemerhalter*innen – eine zentrale Rolle einnehmen. Eine kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge muss von Menschen getragen werden, die sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sind und sich kollektiv organisieren können. Im nächsten Abschnitt fokussieren wir uns daher auf die Frage, welche und wie viele Personen in Österreich derzeit in systemrelevanten Berufen tätig sind.

Systemerhalter*innen in der kritischen Infrastruktur der Daseinsvorsorge

Wer sind die Menschen, die die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge unterstützen und tragen? In der jüngsten Debatte wurde von ca. 1 Million systemrelevanten unselbständigen Beschäftigten in Österreich gesprochen (Schönherr/Zandonella 2020), darunter ca. 227.500 Kassierer*innen und Regalbetreuer*innen, 157.500 Reinigungskräfte, 157.500 Lehrer*innen, 108.500 Berufsfahrer*innen und Lieferdienste und 143.500 Personen in der Pflege. Eine umfassendere Betrachtung sollte jedoch sowohl Unselbstständige, Selbstständige als auch nicht Beschäftigte in Haushalten und Gemeinschaften in den Blick nehmen. Zudem lohnt sich ein intersektionaler Blick auf Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Einkommen.

Wenn wir die Wirtschaft anhand der Arbeiten des Foundational Economy Collectives in einen unbezahlten Sektor, eine (entlohnte) Alltagsökonomie, einen für den Export produzierenden Marktsektor und eine Rentenökonomie gliedern, so findet sich die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge sowohl im unbezahlten Sektor als auch in der Alltagsökonomie wieder¹ und kann in eine soziale und eine technisch/materielle Daseinsvorsorge unterteilt werden (The Foundational Economy Collective 2020). Unter der derzeit entlohnten sozialen Daseinsvorsorge können in diesem Zusammenhang nach ÖNACE die Gastronomie, die öffentliche Verwaltung, die Bereiche Erziehung und Unterricht, das Gesundheitswesen, Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime), das Sozialwesen (ohne Heime) sowie die Erbringung sonstiger überwiegend persönlicher Dienstleistungen (darunter fallen u.a. Wäschereien, Frisörsalons und das Bestattungswesen) subsumiert werden. Diese Sektoren beschäftigten im ersten Halbjahr 2021 im Schnitt knapp über 1,1 Millionen unselbständig Beschäftigte, mit einem Frauenanteil von 64%. Hinzu kommen 97.000 geringfügig Beschäftigte (62% Frauen), 6.000 freie Dienstnehmer*innen (61% Frauen) sowie 127.000 Selbstständige (74% Frauen). Letztere umfasst insbesondere viele Scheinselbstständige in der 24-Stunden-Betreuung. In der technischen/materiellen Daseinsvorsorge (Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Beseitigung von Umweltverschmutzung, Handel und Instandhaltung von KFZ, Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation) waren im ersten Halbjahr 2021 weitere 924.000 Personen beschäftigt. Der Frauenanteil lag bedeutend niedriger bei 43%, ohne den Handel bei gar nur 26%. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie viel systemerhaltende Tätigkeiten im unbezahlten Sektor geleistet werden. Die letzte Zeitverwendungsstudie, auf Basis derer zuverlässige Schätzungen gemacht werden können, wurde in Österreich 2009 veröffentlicht. Auf Basis dieser Daten wurde der Wert unbezahlter Hausarbeit je nach Rechnungsart (Generalist*innen-, Spezialist*innen-, oder Opportunitätskostenansatz) mit 68 Mrd. € bis 115,4 Mrd. € beziffert (Ahmad/Koh 2011: 28f.; Schappelwein 2018).

Werden die in diesem Abschnitt eingangs erwähnten „systemrelevanten“ unselbständig Beschäftigten herangezogen zeigt sich, dass das Durchschnittsalter der Beschäftigten um ca. zwei Jahre höher ist als in anderen Branchen, bei Reinigungskräften im Schnitt gar um sechs Jahre. Viele Beschäftigte in systemrelevanten Berufen sind mit der Mehrfachbelastung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit konfrontiert: Rund ein Drittel der Beschäftigten hat mindestens ein Kind unter 14 Jahren im Haushalt. Hinsichtlich der sozialen Absicherung, die stark vom Einkommen abhängt, zeigt sich, dass

vor allem in Berufen mit hohem Frauenanteil Beschäftigte wesentlich stärker unter Druck stehen, monatlich mit ihrem Gehalt auszukommen: 76% der Reinigungskräfte geben an, nur knapp oder nicht mehr mit dem Einkommen auszukommen. Bei Kassakräften und Regalbetreuer*innen beläuft sich der Anteil auf 70%, bei Beschäftigten in der Altenpflege und Behindertenbetreuung auf 53%. In allen drei Berufsgruppen liegt der Frauenanteil bei über 80%.

Armutgefährdung trifft migrantische Beschäftigte häufiger als Beschäftigte ohne Migrationshintergrund, zum Teil sogar innerhalb derselben Berufsgruppe. Im Einzelhandel geben über drei Viertel der Beschäftigten mit Migrationshintergrund an, ihr Einkommen reiche nur knapp oder gar nicht aus, unter Beschäftigten ohne Migrationshintergrund sind es um fast 10% weniger. Das deutet auf eine systematische Benachteiligung von migrantischen Beschäftigten hin, die insbesondere bei Gehalt und Aufstiegschancen einem höheren Diskriminierungsrisiko ausgesetzt sind. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund ist dabei in diesen Berufsgruppen besonders hoch und liegt bei 29% aller Reinigungskräfte und 19% aller Kassakräfte und Regalbetreuer*innen.

In einer besonderen Situation sind 24-Stunden-Betreuer*innen: In diesem Bereich sind fast nur migrantische Frauen tätig, insbesondere aus Rumänien und der Slowakei. Häufig kämpfen die Betreuerinnen mit Problemen mit Agenturen, fehlender sozialer Absicherung, niedrigen Pensionen und Scheinselbständigkeit (IG24 o.J.). Die in Österreich arbeitenden Betreuerinnen sind Teil einer globalen Betreuungskette (global care chain) (Yeates 2012; Haidinger/Knittler 2014): Da es weder ausreichend institutionelle oder mobile Altenpflege in Österreich gibt, und österreichische Frauen, die diese Arbeit früher häufig unbezahlt leisteten, zunehmend mehr im Arbeitsmarkt integriert sind, werden schlecht bezahlte Migrantinnen eingesetzt. Wird die Kette weiter verfolgt, endet man häufig wieder bei unbezahlter Arbeit in den Herkunftsländern der Betreuerinnen, in denen ältere Geschwister oder andere Verwandte Betreuungspflichten in der Familie übernehmen müssen.

Mehr für Care!²

Eine gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge unterstützt unser Überleben, besonders in Krisen. Paradoxerweise wurden diese Infrastrukturen nach Krisen eher abgebaut als gestärkt. Dabei bringen Investitionen im Care-Bereich vielfältige Vorteile mit sich, die über die Bewältigung der Care-Krise weit hinausgehen.

Modellberechnungen für die USA zeigen, dass Investitionen in den Care-Bereich einen doppelt so hohen Beschäftigungsimpuls als Infrastrukturinvestitionen mit sich bringen (Antonopoulos et al. 2014). Zudem schaffen Investitionen in den Care-Bereich mehr Jobs für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine neuere Studie, die die Qualität und Gehälter im Care-Bereich höher ansetzt, um eine gewünschte Aufwertung des Care-Sektors zu simulieren. In diesen Simulationen für verschiedene OECD-Länder ist der Beschäftigungseffekt von Investitionen im Care-Sektor um 60% höher als im Bau-Sektor (De Henau/Himmelweit 2020). Auch für Österreich zeigt etwa eine Analyse des WIFOs (Famira-Mühlberger et al. 2017), dass die „volkswirtschaftlichen Multiplikatoren des Pflegesektors (...) aufgrund des hohen Anteils

von Löhnen und Gehältern an den direkten Ausgaben und der damit verbundenen hohen direkten Wertschöpfung vergleichsweise hoch [sind]“ (38). Es kann demnach davon ausgegangen werden, dass es für jeden öffentlich investierten Euro in der Langzeitpflege zu einem Rückfluss von 70% für die öffentliche Hand durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben kommt.

Diese drei Beispiele zeigen, dass sich Investitionen im Care-Bereich besonders lohnen. Zudem muss spätestens die Lehre aus der COVID-19-Krise sein, dass es in Österreich einer Aufstockung der Mittel bzw. Investitionen im Sozialbereich in mehrfacher Milliardenhöhe bedarf. Der Ausbau sozialer Dienstleistungen in hoher Qualität ist zentrale Voraussetzung für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, um Branchen mit hohem Frauenbeschäftigungsanteil gesellschaftlich und ökonomisch aufzuwerten (Feigl et al. 2021) und um eine kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge nach unserer Definition sicherzustellen. Aufgrund der oben beschriebenen Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit sowie des hohen Frauenanteils in den systemrelevanten Berufen kämen Investitionen in den Sozialbereich zunächst Frauen besonders zugute, letztlich würden sie jedoch dazu beitragen das Leben der meisten Menschen zu verbessern.

Exemplarisch sei hier auf die Ausgaben für Kinderbetreuung und Langzeitpflege verwiesen. In der Kinderbetreuung hat Österreich immer noch nicht das sogenannte Barcelona-Ziel der EU für die unter-3-jährigen Kinder - eine Betreuungsquote von 33% - erreicht, obwohl das Ziel für 2010 ausgegeben war. Die Sozialpartnerinnen fordern gemeinsam mit der Industriellenvereinigung einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag, eine Ausweitung der Öffnungszeiten, ein zweites kostenloses Kindergartenjahr für alle und einen massiven Qualitätsschub durch zusätzliche Fachkräfte. Dazu wäre eine Aufstockung der Mittel für Kinderbetreuung um jährlich rund 1 Mrd. Euro erforderlich.

Die Ausgaben für Kinderbetreuung liegen in Österreich unter dem EU-Durchschnitt und auch die Ausgaben für die Langzeitpflege sind im Vergleich zu anderen ausgebauten Sozialstaaten eher unterdurchschnittlich (Schmidt 2021). Dabei machen die demografische Entwicklung sowie der hohe Anteil der Angehörigenpflege bei gleichzeitig pluraleren Lebensentwürfen den akuten Bedarf nach einem massiven Ausbau des öffentlichen Pflegesystems deutlich.

Ein umfassendes Gesamtpaket hat das zivilgesellschaftliche Netzwerk „Mehr für CARE!“ entwickelt. Es will die Arbeit mit Menschen ins Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit rücken und fordert, dass für die entsprechenden Bereiche (Pflege, Betreuung, Versorgung, Bildung etc.) ausreichend Geld und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Im Zentrum der Forderung steht das von Femme Fiscale im Sommer 2020 vorgelegte feministische Konjunkturpaket. Im Rahmen des feministischen Konjunkturpakets werden 12 Mrd. Euro gefordert. Es setzt sich aus drei Teilen zusammen: 1) Ein Zukunfts- und Bildungspaket (5 Mrd. Euro), 2) ein Pflegepaket (4 Mrd. Euro) und 3) ein Solidaritäts- und Lebensrettungspaket (3 Mrd. Euro). Im letztgenannten Paket sind bspw. Maßnahmen von Gewaltschutz über den Ausbau von Therapieplätzen, aber auch höhere Leistungen bei Arbeitslosengeld und Mindestsicherung zusammengefasst (Mehr für CARE! o.J.).

Ausblick: Punktuelle Verbesserungen reichen nicht für das Wohlergehen der Vielen

Care-Arbeit in ihren unterschiedlichsten Formen sichert unser aller Überleben sowie psychisches und physisches Wohlergehen – sie ist systemerhaltend und systemrelevant. Bezahlte Care-Arbeit wird in Österreich derzeit einerseits von Personen in sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherten Arbeitsbedingungen geleistet, andererseits von Personen in informellen oder scheinselbständigen Arbeitsverhältnissen. In beiden Fällen ist sie im Verhältnis zu anderen Sektoren von Unterbezahlung und einem relativ hohen Frauenanteil geprägt, besonders prekäre Berufe werden dabei von eher älteren Arbeitnehmerinnen und Migrantinnen übernommen. Die unbezahlte Reproduktionsarbeit in Familien, im Haushalt oder in Gemeinschaften wird ebenso überproportional von Frauen geleistet. Die COVID-19-Pandemie hat diesen Zustand nicht verbessert. Im Gegenteil: In Haushalten mit Kindern, in denen beide Elternteile Home-Office machen konnten, haben dennoch die Mütter deutlich mehr unbezahlte Arbeit übernommen. Vielen Frauen in systemrelevanten Berufen stand die Option des Home-Offices häufig gar nicht offen, was zusätzliche Belastungen in der Organisierung adäquater Kinderbetreuung mit sich brachte.

Für eine radikale Neubewertung von Care-Arbeit in Österreich reicht es nicht aus, unbezahlte Reproduktionsarbeit durch den Markt regeln zu lassen oder einige systemerhaltende Berufe ein bisschen besser zu bezahlen. Wir brauchen eine Kombination aus ökonomischer Umverteilung, kultureller Anerkennung, und politischer Repräsentation (Fraser 2020). Die Politik ist gefordert, in eine kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge zu investieren und diese flächendeckend zu gewährleisten. In unserem Verständnis kann so die ständig anfallende Care-Arbeit soweit vergesellschaftet werden, dass alle Menschen in Österreich ihre intellektuellen, körperlichen und emotionalen Fähigkeiten bestmöglich entwickeln und regenerieren können. Die Menschen, die beschäftigt werden, müssen sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert werden und sich kollektiv organisieren können, um ihre Verhandlungsposition zu stärken. Zudem gilt es die Wertigkeit von Care-Berufen gesellschaftlich grundsätzlich neu zu verhandeln. Mit dieser politischen Intervention können sowohl unbezahlte als auch bezahlte Care-Arbeit anerkannt und umverteilt werden, während die Aufwertung der kollektiven Organisation die politische Repräsentation stärken soll.

Zudem sollte die Diskussion über die Verteilung und den Stellenwert von Care-Arbeit für die Gesellschaft auch den Weg für utopischere Ideen öffnen. So bietet beispielsweise Frigga Haugs Vier-in-einem-Perspektive eine Utopie, wie wir zukünftig Care-Arbeit verteilen können (Haug 2008): Im Fokus steht dabei eine grundlegende Veränderung der Arbeitsteilung, die nicht weniger als eine Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit für Frauen und Männer auf vier Stunden pro Tag vorsieht. Statt einer bloßen Konzentration auf Erwerbsarbeit oder private Reproduktionsarbeit geht es Haug um eine Neujustierung der vier wesentlichen Tätigkeitsfelder: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle Entwicklung und Politik. Hier soll jeder Mensch – idealerweise – jeweils vier Stunden pro Tag verbringen können, wobei die Grenzen zwischen den Bereichen fließend sind. Mit einer flächendeckenden kritischen Infrastruktur der Daseinsvorsorge könnten Utopien wie diese näher rücken. Langfristig schaffen wir so eine radikal veränderte, gerechtere Wirtschaft, die krisenresistenter ist und in der wir mehr Zeit füreinander und für uns haben.

Anmerkungen

- 1 Im Unterschied zum Foundational Economy-Ansatz zählen wir unbezahlte Care-Tätigkeiten ebenfalls zur kritischen Infrastruktur der Daseinsvorsorge.
- 2 Wir bedienen uns hier der zentralen Forderung des gleichnamigen Netzwerkes „Mehr für CARE!“ in dem auch der BEIGEWUM Mitglied ist (Mehr für CARE! o.J.).

Literatur

- Ahmad, Nadim/Koh, Seung-Hee (2011): Incorporating Estimates of Household Production of Non-Market Services into International Comparisons of Material Well-Being. OECD Statistics Working Papers, No. 2011/07. Paris: OECD Publishing.
- Antonopoulos, Rania/Hirway, Indira (2010): Unpaid Work and the Economy. In: Antonopoulos, Rania/Hirway, Indira (Hg.): Unpaid Work and the Economy: Gender, Time Use and Poverty in Developing Countries. London: Palgrave Macmillan UK, 1–21.
- Antonopoulos, Rania/Kim, Kijong/Masterson, Thomas/Zacharias, Ajit (2014): Investing in Care in the Midst of a Crisis: A Strategy for Effective and Equitable Job Creation in the United States. In: Antonopoulos, Rania (Hg.): Gender Perspectives and Gender Impacts of the Global Economic Crisis. New York City, NY and Abingdon-on-Thames: Routledge, 49–72.
- Arruzza, Cinzia/Bhattacharya, Tithi/Fraser, Nancy (2019): Feminism for the 99%. London: Verso.
- Bock-Schappelwein, Julia/Famira-Mühlberger, Ulrike/Mayrhuber, Christine (2020): COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen. WIFO Research Briefs 3/2020. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=65897&mime_type=application/pdf, 12.11.2021.
- Bock-Schappelwein, Julia/Famira-Mühlberger, Ulrike (2021): Frauen auf dem Arbeitsmarkt vor und während der COVID-19 Krise. WIFO Research Briefs 3/2021. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=66945&mime_type=application/pdf, 12.11.2021.
- De Henau, Jerome/Himmelweit, Susan (2020): Stimulating OECD economies post-Covid by investing in care. IKD Working Paper No. 85. https://www.open.ac.uk/ikd/sites/www.open.ac.uk/ikd/files/files/working-papers/COVID%20care-led%20recovery_IKD_WP85_2020_06_12%20%28003%29.pdf, 12.11.2021.
- Famira-Mühlberger, Ulrike/Firgo, Matthias/Fritz, Oliver/Streicher, Gerhard (2017): Österreich 2025: Pflegevorsorge – Künftiger Finanzierungsaufwand und regionalwirtschaftliche Verflechtungen https://www.wifo.ac.at/publikationen/publikationssuche?detail-view=yes&publikation_id=60469, 12.11.2021.
- Federici, Silvia (2004): Caliban and the Witch. Women, the Body, and Primitive Accumulation. New York: Autonomedia.
- Feigl, Georg/Marterbauer, Markus/Schultheiß, Jana/Schweitzer, Tobias (2021): Budget 2022: Unausgewogene Steuerreform, erkennbarer Klimaschwerpunkt, Mittel für Armutsbekämpfung, Pflege und Bildung fehlen. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-3872517>, 12.11.2021.
- Folbre, Nancy (2018): Gender and the Care Penalty. In: Averett, Susan L./Argys, Laura M./Hoffman, Saul D. (Hg.): Oxford Handbook of Women in the Economy. New York: Oxford University Press.
- Fraser, Nancy (2020): Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis. New York: Verso.
- Gubitzer, Luise/Mader, Katharina (2011): Care-Ökonomie - Theoretische Verortung und Weiterentwicklung. In: Kurswechsel 4/2011: 7–21.
- Haug, Frigga (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument Verlag.
- Haug, Frigga (2013): Das Care-Syndrom: ohne Geschichte hat die Frauenbewegung keine Perspektive. In: Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik, 32 (2013), Heft 62, 81–92.
- Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe (2014): Feministische Ökonomie. Wien: mandelbaum.
- Hehenberger, Anna/Muckenhuber, Matthias (2020): Corona-Herbst & Kinder: Frauen nicht wieder allein lassen. Momentum Institut Policy Brief 16/2020. https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-08/momentum_policybrief_16.2020_corona-pay-gap.pdf, 12.11.2021.
- Holler, J./Reiss, L. (2019): Budgetäre Kosten der Bankenstabilisierung in Österreich. In: Konjunktur aktuell 09/2010. https://www.oenb.at/dam/jcr:13affa76-723f-44af-a04d-5a3c7247ae6b/Konjunktur_aktuell_09_19_screen_Budgetaere_Kosten_Bankenstabilisierung_Oesterreich.pdf, 12.11.2021.

- IG24 (o.J.): Situation & Probleme. <https://ig24.at/situation-loesungen/>, 12.11.2021.
- Karamessini, Maria/Rubery, Jill (Hg.) (2014): *Women and Austerity. The Economic Crisis and the Future for Gender Equality*. London and New York: Routledge.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager Christa (2013): Gleichstellungspolitik in der Krise. In: *Kurswechsel 4/2013*: 56–65.
- Kronen Zeitung (2020): In der Krise sind die Frauen die Stütze der Nation. 21.03.2020. <https://www.krone.at/2121217>, 12.11.2021.
- Mader, Katharina/Derndorfer, Judith/Disslbacher, Franziska/Lechinger, Vanessa/Six, Eva (2020a): Genderspezifische Effekte von COVID-19. <https://www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifischeeffektevoncovid-19>, 12.11.2021.
- Mader, Katharina/Derndorfer, Judith/Disslbacher, Franziska/Lechinger, Vanessa/Six, Eva (2020b): Wir sollten unbezahlte Arbeit sichtbar machen. <https://www.diepresse.com/5873746/wir-sollten-unbezahlte-arbeit-sichtbar-machen>, 12.11.2021.
- Marmot Michael/Allen, Jessica/Goldblatt, Peter/Herd, Eleanor/Morrison, Joana (2020): *Build Back Fairer: The COVID-19 Marmot Review. The Pandemic, Socioeconomic and Health Inequalities in England*. London: Institute of Health Equity.
- Mehr für Care (o.J.): Homepage. <https://mehr-fuer-care.at/>, 12.11.2021.
- Schappelwein, Elisabeth (2018): Ich seh', ich seh', was du nicht siehst: Der blinde Fleck unbezahlte Arbeit – Möglichkeiten der ökonomischen Berücksichtigung am Beispiel Österreich. Masterarbeit WU Wien.
- Schilliger, Sarah. (2009): Who cares?: Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. In: *Widerspruch*, 56, 93–106.
- Schönherr, Daniel/Zandonella, Martina (2020): Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich. Wien: AK Wien/SORA. https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf, 12.11.2021.
- Schmidt, Andrea E. (2021): Fortschrittliche gesundheits- und pflegepolitische Lehren der COVID-19- Krise. Unveröffentlichte Vortragsunterlagen.
- Seguino, Stephanie (2019): Feminist and stratification theories' lessons from the crisis and their relevance for post-Keynesian theory. In: *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention*, Vol. 16 No.2, 2019, 193–207.
- SORA (2020): Zur Situation von Eltern während des zweiten Lockdowns in der Coronapandemie. <https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/momentum-elternbefragung-corona-ii.pdf>, 12.11.2021.
- Statistik Austria (2021): Erwerbstätigkeit. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/erwerbstaetigkeit/index.html, 12.11.2021.
- The Foundational Economy Collective (2020): Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens. Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung. https://foundationaleconomy.com.files.wordpress.com/2020/11/die-leistungstragerinnen-des-alltagslebens_fe_layout-final.pdf, 16.12.2021.
- Wichterich, Christa (2009): Frauen als soziale Airbags. Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen. In: *Lunapark 21*, Heft 6.
- Wichterich, Christa (2013): Wider die Ökonomisierung des Lebendigen – Feministische Perspektiven auf Wege aus der Vielfachkrise. In: *Kurswechsel 4/2013*: 66–73.
- Women's Budget Group (2013): The impact on women of the coalition government's spending round 2013. <https://wbg.org.uk/wp-content/uploads/2013/10/WBG-Analysis-June-2013-Spending-Round.pdf>, 12.11.2021.
- Women's Budget Group (2017): *Intersecting Inequalities. The impact of austerity on Black and Minority Ethnic women in the UK*. <https://wbg.org.uk/wp-content/uploads/2018/08/Intersecting-Inequalities-October-2017-Full-Report.pdf>, 12.11.2021.
- Yeates, Nicola (2012): Global care chains: a state-of-the-art review and future directions in care transnationalization research. In: *Global Networks*, 12, 135–154.